



# Für Soziale Marktwirtschaft

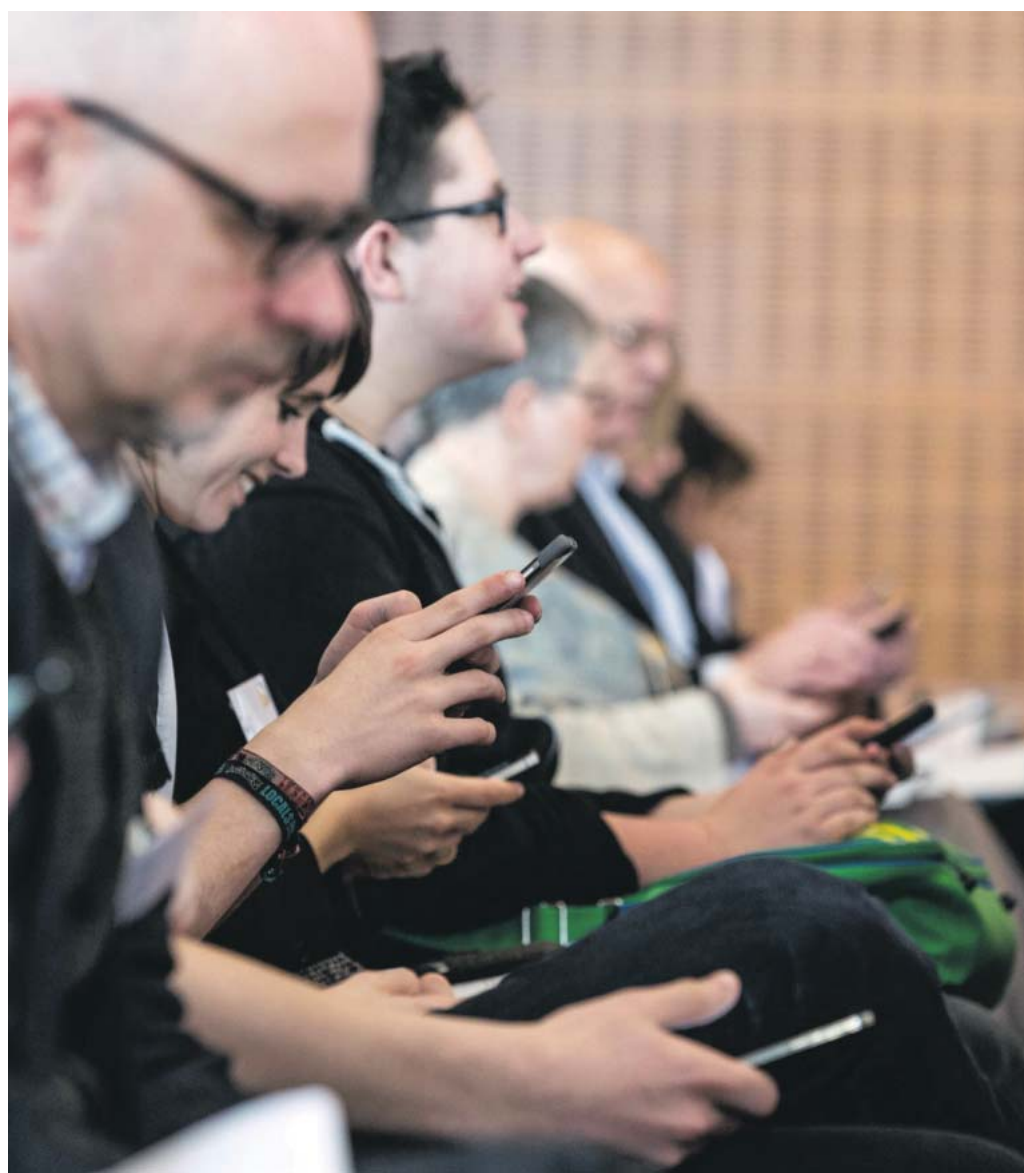
## Das Feuer der Freiheit neu entfachen

Das Vertrauen der Bürger in das Modell Soziale Marktwirtschaft schwindet rapide. Dabei bietet es Antworten gerade auch im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen.

Die Geschichte von Ruhin Ashuftah hätten sich Drehbuchautoren nicht besser ausdenken können: Ein kleiner afghanischer Junge muss mit seinen Eltern die Heimat verlassen, weil sein Vater kritische Bemerkungen über die russischen Besatzer und die gegnerischen Mudschahedin veröffentlicht hat. Er kommt mit Hilfe von Schleusern mit seiner Familie nach Hamburg, lebt in einer kargen Flüchtlingsbehausung. Er ist intelligent, seine Eltern fördern ihn. Er bekommt die Empfehlung fürs Gymnasium. Doch nach der zehnten Klasse raten seine Lehrer ihm davon ab, die Oberstufe zu besuchen.

Im Anschluss passiert das, was schließlich dafür ursächlich ist, dass er einige Jahre später einem großen Publikum auf dem „Denkraum Soziale Marktwirtschaft“ von seinen Erfahrungen berichten kann. Durch einen Umzug wechselt Ashuftah innerhalb Hamburgs die Schule. In seinem neuen Stadtteil leben kaum Migranten, die Lehrer nehmen sich Zeit für ihn. „Chancengleichheit ist eng mit Demokratie verknüpft. Bildung ist der Schlüssel, sie sollte aber nicht vom Stadtteil abhängen“, sagt der Sozialpädagoge und Journalist, der sich heute selbst in der Flüchtlingshilfe engagiert. Durch diesen schulischen Werdegang wurde ihm der Aufstieg möglich, der für ihn anschließend an die Universität führte.

Der Aufstieg durch Bildung – eine solche Geschichte stimmt in der Zeit starken Flüchtlingszuzugs wie in den vergangenen Monaten optimistisch. Sie steht aber auch exemplarisch dafür, was die Gesellschaftsordnung im besten Fall zum Freiheitsgewinn von Menschen beitragen kann. „Wir sollten nicht zu viel am Sozialsystem herumdoktern, sondern mehr vorne am Bildungssystem“, sagte die FDP-Generalsekretärin Nicola Beer in einer Podiumsdiskussion zur gegenwärtigen Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft. „Über Bildung und Qualifi-



Teilnehmer des Denkraums beteiligen sich per Smartphone an der Diskussion. Fotos Claus Setzer

kation sollten wir den Rahmen schaffen, dass sich jeder den Aufstieg selbst erarbeiten kann – egal, welchen Hintergrund er hat.“ Aus Sicht der liberalen Politikerin mauern sich viele Deutsche derzeit ein und hoffen, dass die Modernisierungswelle über sie hinweggeht. „Begriffe wie Globalisierung und Digitalisierung werden nur mit Ängsten belegt“, sagt sie. Zudem arbeite die Politik zu stark daran, über soziale Wohltaten ein Gefühl von Sicherheit zu verbreiten. „Wohlstand wird nicht vom Staat, sondern von Millionen von Menschen durch Leistung erarbeitet“, sagte Holger Steltzner, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, zum Auftakt der Veranstaltung an der Goethe-Universität in Frankfurt.

Deutschland habe der Sozialen Marktwirtschaft, zu deren wichtigsten Merkmalen die

Eigenverantwortung und die Freiheit gehörten, seinen Wohlstand zu verdanken. Doch diese Gesellschaftsordnung gerate zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Seit den neunziger Jahren habe die Gleichheit die Freiheit in Umfragen des Instituts Allensbach als wichtigsten Wert abgelöst – und viele Befragte hielten sogar den Sozialismus für eine gute Idee. „Die F.A.Z. will mit den gesellschaftlichen Gruppen diskutieren, wie wir das Feuer der Freiheit wieder entfachen können“, sagte Steltzner in seinem Vortrag, mit dem er die erste einer ganzen Reihe von Veranstaltungen mit dem Titel „Denkraum Soziale Marktwirtschaft“ eröffnete.

Da das Hauptthema dieser Auftaktveranstaltung der demographische Wandel war, standen Debatten über Altersvorsorge und

einen Ausgleich des Bevölkerungsschwunds durch Zuwanderung im Mittelpunkt. Am Nachmittag arbeiteten die Teilnehmer in vier separaten Themen-Denkräumen eigene Vorstellungen davon aus, wie sich die Gesellschaft der demographischen Herausforderung stellen sollte. Welche Folgen hat sie für Stadtplanung und Architektur? Welches Bild vom Arbeiten im Alter setzt sich durch, wenn das Rentenalter weiter heraufgesetzt werden muss? Fragen waren das, auf die sich keine letztgültigen Antworten finden ließen, die den Teilnehmern im Austausch aber neue Perspektiven eröffnet haben.

„Die Soziale Marktwirtschaft hat nichts von ihrer Faszination verloren. Ohne das Bekenntnis zu Freiheit und Wettbewerb könnte unsere Bank nicht existieren“, sagte Karl von Rohr, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Doch in seinem Institut erlebe er gerade, wie das Modell einem Belastungstest ausgesetzt wird. Denn das wachsende Ungleichgewicht zwischen Erwerbstätigen und Ruheständlern zwingt Haushalte zur stärkeren Eigenverantwortung. „Menschen sparen aber mehr für den privaten Konsum als für die Altersvorsorge. Sie müssen mehr in Aktiensparpläne investieren, sonst werden wir ein Rentendesaster erleben“, sagte er. Konterkariert werden die Bemühungen zur stärkeren Eigenvorsorge durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, kritisierte Roland Tichy, Vorsitzender des Vorstands der Ludwig-Erhard-Stiftung. „Die sinnvolle Eigenvorsorge wird zerstört durch den Nullzins.“

Optimistisch zeigten sich viele Teilnehmer, was die Bewältigung der Flüchtlingskrise angeht. Die Zuwanderung könne einen Beitrag zu einer höheren wirtschaftlichen Dynamik leisten. Doch aus der Bevölkerung höre er Bedenken, derzeit werde nur noch etwas für Flüchtlinge getan, sagte Thomas Jühe, Bürgermeister der hessischen Stadt Raunheim. „Ich erwidere dann: Wo ist das Problem, wenn Kinder nachher in der Schule dasselbe Niveau haben und gemeinsam schneller vorankommen?“, berichtete er aus seinem Alltag. „Das wird gelegentlich auch verstanden.“ Jedes Kind müsse mit Hilfe der Schulen integrierbar sein, ergänzte Aladin El-Mafaalani, ehemaliges Flüchtlingskind aus Syrien und heute Professor für Sozialwesen an der Fachhochschule Münster. Für die Erwachsenen müsse die Bevölkerung mit geringeren Zielen zufrieden sein: „Wir müssen froh sein, wenn die Hälfte von ihnen in zehn Jahren auf eigenen Beinen steht“, sagte er. „Länder, die mehr schaffen, haben sich ihre Zuwanderer selbst ausgesucht.“ F.A.Z.



Ruhin Ashuftah berichtete über seinen Weg von Afghanistan nach Deutschland.



FDP-Generalsekretärin Nicola Beer rief zu mehr Mut und Eigenverantwortung auf.



Thomas Jühe schilderte, wie eine Kommune konstruktive Flüchtlingspolitik betreibt.



Deutsche-Bank-Vorstand Karl von Rohr verteidigte die Soziale Marktwirtschaft.

## Flüchtlinge und Demographie gehören zusammen

Bevölkerungsforscher Meinhard Miegel denkt über die Grenzen der Zuwanderung nach

Meinhard Miegel ist einer der einflussreichsten Sozialforscher des Landes. Bis er aber dazu wurde, hat die politische Klasse seine Thesen zur demographischen Entwicklung in Deutschland lange ignoriert. Darauf spielte er an, als er in einem Vortrag beim „Denkraum Soziale Marktwirtschaft“ den aktuellen Flüchtlingszuzug im Lichte der schrumpfenden und alternden Bevölkerung bewertete. Gedanken über die Bevölkerungsentwicklung machten sich wenige, sagte er. Das war schon so, als der promovierte Jurist 1977 das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn gründete. Dabei sei sie entscheidend für die Gesellschaft. Bis heute sei das Nachdenken über Demographie unsystematisch.

Ohne Zuwanderung schrumpfe die deutsche Bevölkerung Jahr für Jahr um 300.000 Personen. Bis Mitte des Jahrhunderts werde sich diese Zahl in einzelnen Jahren sogar verdoppeln. „Wollten wir das durch Zuwanderung kompensieren, würden wir uns nicht über die Flüchtlingskrise unterhalten“, sagte er. Denn in diesem Fall müsste Deutschland jährlich eine Million Menschen aufnehmen, da immer auch Zugewanderte wieder in ihre Heimat zurückkehrten. „Was wir in den vergangenen Monaten erlebt haben, wäre der Normalzustand“, betonte Miegel und ließ offen, was das für die Parteienlandschaft und den politischen Diskurs zur Folge hätte.

In welchem Jahr seien eigentlich letztmals genügend Kinder geboren worden, damit sich die Bevölkerung aus sich selbst erhalten kön-

ne, fragte der Sozialforscher ins Publikum und erntete überraschte Reaktionen, als er das Jahr verriet: 1882. Seit dem Pillenknick Ende der sechziger Jahre werden jährlich sogar nur noch 65 Prozent der Kinder geboren, die für den Erhalt der Bevölkerung notwendig wären. Die deutsche Wirtschaftsordnung sei von einer hohen Produktivität geprägt, die mit Massenwohlstand verbunden sei. Gleichzeitig sei Deutschland eines der geburtenärmsten Länder der Welt. „Wie hängt beides



Meinhard Miegel

Foto Claus Setzer

zusammen? Diese Frage müsste einmal systematisch erforscht werden“, regte er an.

Doch dieser demographische Trend sei durch einen stetig fließenden Zuwanderungsstrom bis heute kaschiert worden. Große Wellen gab es schon im 19. Jahrhundert, als viele Polen als Bergleute im Ruhrgebiet angesiedelt wurden. Auch die Gastarbeiter gleichen seit den fünfziger Jahren einen eklatanten Mangel an Arbeitern aus, die für die Wertschöpfung der Industrie benötigt wurden. Inzwischen seien 20 Prozent der Bürger Migranten oder Abkömmlinge von Migranten. „Doch wie verlässlich ist das Instrument der Zuwanderung, wenn uns die Gruppen der Zuwanderer kulturell immer fremder werden?“, fragte Miegel seine Zuhörer.

Sein Institut, das nach seiner Pensionierung 2008 aufgelöst wurde, hat diese Themen seit seiner Gründung immer wieder adressiert. Zuvor hatte er zu Beginn der siebziger Jahre die Bundesgeschäftsstelle der CDU mit dem damaligen Generalsekretär Kurt Biedenkopf modernisiert. Seine Erkenntnisse aus dieser Zeit machte er sich als Forscher zunutze. Allmählich drangen Miegels Thesen auch in den politischen Raum vor, und er wurde zum intellektuellen Gegenspieler des langjährigen Bundessozialministers Norbert Blüm. Sein Vorschlag einer Grundrente, die durch private Altersvorsorge ergänzt wird, wurde zwar nicht umgesetzt. Seine Vorarbeiten spielten aber eine wichtige Rolle bei den Anpassungen der gesetzli-

chen Rente an den demographischen Wandel seit Mitte der neunziger Jahre.

Drei Optionen habe die deutsche Gesellschaft, um mit der Herausforderung einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung umzugehen, sagte Miegel in seinem Vortrag. Sie könne die Bevölkerungslücken durch einen Zuzug aus anderen Kulturen schließen. Wollte sie das, müsse der Gesetzgeber schleunigst ein Zuwanderungsgesetz beschließen, in dem Kriterien der Selektion von erwünschten Migranten festgelegt werden. In diesem Fall müsse sie sich auch von Gedanken an eine Leitkultur verabschieden und eine sehr viel buntere Bevölkerungszusammensetzung hinnehmen. Die zweite Option bestehe darin, sich darauf einzustellen, dass die Bevölkerung zahlenmäßig kleiner werde, jeder siebte Deutsche älter als 80 Jahre sei und mehr Einwohner über 70 als unter 20 Jahre alt seien. „Eine Bevölkerung kann zahlenmäßig schrumpfen. Das braucht aber ganz andere Sicht- und Verhaltensweisen“, betonte Miegel. Die dritte und schwierigste Option bestehe darin, eine Gesellschaftsordnung zu etablieren, die nicht danach strebe, permanent mehr Wohlstand zu erzeugen. Dann bestehe weniger Druck, die Produktivität zu erhöhen, und es verbleibe mehr Zeit für Erholung, Freizeit und Muße. Dieses Szenario knüpft an Gedanken an, die er in seinen jüngsten Büchern „Exit: Wohlstand ohne Wachstum“ oder „Hybris: Die überforderte Gesellschaft“ genauer ausgeführt hat. F.A.Z.

